

B e k a n n t m a c h u n g

der Stadt Wittingen

über den Aufstellungsbeschluss und die öffentliche Auslegung

des Bebauungsplanes „SO-ärztliche Versorgung“ mit örtlicher Bauvorschrift (ÖBV)
- vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) -

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wittingen hat in seiner Sitzung am 07.12.2017 die Aufstellung des o.a. Bauleitplanes aufgrund des § 1 (3) des Baugesetzbuches (BauGB) im Sinne des § 30 BauGB beschlossen.

Der Aufstellungsschluss wird hiermit gem. § 2 (1) BauGB bekannt gemacht.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass der Verwaltungsausschuss der Stadt Wittingen in seiner Sitzung am 07.12.2017 beschlossen hat, für den Entwurf des o.a. Bauleitplans und der Begründung die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aufgrund § 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (2) BauGB durchzuführen.

Von einer Umweltprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) abgesehen.

Ziel der Planung:

Erweiterung einer bestehenden Arztpraxis im Bereich Mozartweg / Beethovenweg

Der räumliche Geltungsbereich des Bauleitplanes ist aus der dieser Bekanntmachung anliegenden Gebietsabgrenzung ersichtlich.

Der Entwurf des Bauleitplans mit Begründung liegt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit

vom 05.02.2018 bis 06.03.2018

während der Öffnungszeiten im Rathaus der Stadt Wittingen, Bahnhofstraße 34, 29378 Wittingen, zu Jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Nach § 4 a Abs. 4 BauGB können die Planunterlagen im Internet unter <http://wittingen.de> eingesehen werden.

Innerhalb der o.g. Auslegungsfrist können Stellungnahmen bei der Stadt Wittingen vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4 a Abs. 6 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Bei Abgabe einer Stellungnahme per Mail ist die Angabe von Name und Adresse zwingend erforderlich. Ein Normenkontrollantrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Gez. Ridder

L.S.

Bürgermeister